

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Wohnungs-, Stadt- und Raumentwicklungs- politiken stärken



© Sina Ettmer, AdobeStock

Von Guido Beermann, Präsident des DV

Der 21. Bundestag ist gewählt. Für die sich nun neu bildende Bundesregierung sind die Aufgaben zur Stabilisierung der Wirtschaft, zur Sicherung von Freiheit, Sicherheit und Demokratie sowie im Bereich Migration und Integration gewaltig. Angesichts dessen gerät ein zentrales Thema für unser Zusammenleben jedoch aus dem Blick: die Wohnungs-, Stadt- und Raumentwicklungspolitik. Doch gerade diese haben eine Schlüsselfunktion bei der Bewältigung der bestehenden Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat der DV ein ganzheitliches Empfehlungspapier erstellt. Es fasst kompakt zusammen, welche Handlungsfelder und Themen die neue Bundesregierung aus Sicht unseres Verbandes angehen muss.

Wohnen, Stadt- und Raumentwicklung müssen zentrale Handlungsschwerpunkte sein

Wohnungs-, Stadt- und Raumentwicklungspolitiken müssen zu den zentralen Aufgabenfeldern der neuen Bundesregierung zählen. Sie tragen durch das ausgewogene Zusammenspiel wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Aspekte zu bezahlbarem Wohnraum, lebenswerten Städten und Quartieren sowie gleichwertigen Lebensverhältnissen bei – und stärken zugleich die Wirtschaft. Denn die mehr als 800.000 Unternehmen der Bau- und Immobilienbranche mit 3,5 Millionen Beschäftigten erwirtschaften knapp ein Fünftel der Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Baustandards verringern und Investitionen mobilisieren

Wenn wir mehr bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen und mit staatlicher Förderung

IN DIESER AUSGABE

Abschlussveranstaltung „Kulturelle Stadtentwicklung in Wohnquartieren“ der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“	Seite 4
Gemeinwohl trifft Wirtschaftlichkeit: Zweite Sitzung „Generationenfrage Gemeinwohl“	Seite 5
Wettbewerb des Klimabündnisses Stadtentwicklung Brandenburg	Seite 6
Veranstaltung zur Förderung der integrierten Stadtentwicklung in der künftigen EU-Kohäsionspolitik in Brüssel	Seite 7

effizient höhere Fertigstellungszahlen erreichen wollen, ist eines unabdingbar: die auf den Weg gebrachte Verringerung von überbordenden und unverhältnismäßigen Baustandards und -normen muss konsequent fortgesetzt werden – sowohl für den Neubau als auch für die Bestandstransformation. Außerdem sind die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies reduziert Bau- und Planungskosten und erhöht die Geschwindigkeit beim Wohnungsbau.

Trotz angespannter Haushaltslage muss der Bund die Mittel für bezahlbaren Wohnungsbau, für Investitionen in einen zukunftsfähigen Gebäudebestand sowie für resiliente überregionale, regionale und kommunale Infrastrukturen auf hohem Niveau verstetigen. Angesichts der heterogenen Akteurslandschaft braucht es unterschiedliche Förderanreize für unterschiedliche Investoren, um sowohl institutionelles als auch privates Kapital zu mobilisieren, aber auch explizit gemeinwohlorientierte Organisationen zu unterstützen.

Etablierte Förderprogramme verstetigen und Fokus auf Bestand richten

Etablierte Förderprogramme sowie erfolgreiche neu aufgelegte Spezialprogramme gilt es zu verstetigen und in ihrer Wirkung zu stärken. Entscheidend sind Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Ein abrupter Stopp oder ein Umschwenken sind für langfristige Investitionen mit langen Planungsvorläufen schädlich. Neujustierungen können – aufbauend auf einer verlässlichen Basisförderung – zusätzlich Bonuskomponenten beinhalten, die je nach Ergebnissen und politischen Prioritätensetzungen variieren können. Neben dem Wohnungsneubau und der Errichtung von Infrastrukturen muss die Ertüchtigung und Umnutzung des Gebäudebestands im Fokus stehen.

Lasten bei Wohnkosten leistungsgerecht verteilen, klimaneutralen Gebäudebestand schaffen

Angesichts der immensen Transformationsaufgaben braucht es einen ehrlichen und fairen Umgang mit der Entwicklung der Wohnkosten. Ein klimaneutraler Gebäudebestand erfordert Investitionen sowohl in die Gebäudehülle als auch in die Wärmeversorgungsinfrastrukturen, die ohne massive Förderung nicht mit gleichbleibenden warmen Wohnkosten zu refinanzieren sind. Entscheidend ist dabei eine leistungsgerechte Verteilung der entstehenden Lasten.

AUTOR

Guido Beermann ist Präsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

INFORMATION

Hier finden Sie das Empfehlungspapier für die 21. Legislaturperiode der Bundesregierung in voller Länge:



Bauministerium erhalten und ressortübergreifendes Handeln weiterentwickeln

Angesichts der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Handlungsfelder und der Dringlichkeit der Aufgaben sollte ein eigenständiges Bauministerium bestehen bleiben und durch mehr Mittel und Kompetenzen gestärkt werden. Dies muss insbesondere die Bestandsförderung sowie weitere Aufgaben für gleichwertige Lebensverhältnisse umfassen, ebenso wie eine Federführung bei der Ausgestaltung baulicher Standards (einschließlich Energieeffizienz) und bei der Dekarbonisierung des Gebäudebestands.

Um der Komplexität und den sektorenübergreifenden Wechselwirkungen wohnungs-, stadt- und raumentwicklungspolitischer Themenfelder gerecht zu werden, muss das ressortübergreifende Handeln weiterentwickelt werden. Dazu sollten ressortübergreifende Strukturen ausgebaut und mit verbindlicher Wirksamkeit im fachpolitischen Handeln verankert werden. Unter Rückgriff auf die bisherigen Erfahrungen der Bündnisformate vorangegangener Legislaturperioden sollte auch weiterhin ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum fortgeführt werden. Dies sollte sich jedoch wieder stärker auf eine engere Kerngruppe von bundespolitisch relevanten Wohnungsmarktakteuren konzentrieren, die direkt und indirekt die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum mitgestalten. Dazu sollten auch die Immobilienfinanzierer stärker eingebunden und eine verbindliche Mitwirkung weiterer relevanter Ministerien erreicht werden.

Empfehlungspapier mit Vorstand und Gremien abgestimmt

Wir haben dazu im Vorstand nach intensiver Erörterung in unseren Arbeitsgruppen und Gremien das Empfehlungspapier zum Start der neuen Regierungsbildung abgestimmt und erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Denn für ein fundiertes und zielgerichtetes Regierungsprogramm sind wir als Verband bei allen demokratischen Parteien als neutraler Fachanwalt und Ratgeber geschätzt.



Neue Akteurskooperationen zur Transformation und Stärkung von Zentren

Die Sitzung der AG Städtebau und Raumordnung am 17. März 2025 befasste sich mit neuen Akteurskonstellationen zur Transformation der Innenstädte. Diskutiert wurden Kooperationsmodelle und Steuerungsstrukturen, um kreative, kulturelle und zivilgesellschaftliche Akteure einzubinden. Zudem wurden erfolgreiche Praxisbeispiele analysiert und die Empfehlungen der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ zu dem Thema diskutiert, insbesondere zur Rolle der Immobilienwirtschaft und von Gebäudeeigentümern.

Gemeinsame Sitzung von AG Energie und AG Europa zum Thema „Europäische Initiativen zur kommunalen Dekarbonisierung“

Am 20. Mai 2025 findet eine virtuelle Sitzung der AG Energie und AG Europa zur kommunalen Dekarbonisierung mit Fokus auf EU-Initiativen zur Gebäudesanierung und kommunalen Wärmeplanung statt. Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene zu diskutieren und deren Bedeutung für die Verbandsarbeit zu bewerten. Die Arbeitsgruppen sind unseren Mitgliedern vorbehalten.

Innenstadtkongress in Essen

Am 27. und 28. Mai 2025 veranstaltet das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) einen fachöffentlichen Innenstadtkongress „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren (ZIZ)“ in Essen. Der DV organisiert den Kongress als Teil der Begleitagentur zum ZIZ-Bundesprogramm.

Anmeldung zum Kongress
bis zum 12. Mai 2025:



Perspektiven für Innenstädte und Großimmobilien: Konferenz von „Gemeinsam für das Quartier“

Die Innenstädte stehen vor enormen Herausforderungen. Dazu gehören die Schaffung neuer Nutzungsmischungen und die Transformation von leerstehenden Großimmobilien. Dies gelingt nur durch eine enge Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteursgruppen. Um für dieses Thema zu sensibilisieren, lädt die Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ am 24. Juni 2025 zu ihrer Abschlussveranstaltung in den „bUm“ in Berlin-Kreuzberg ein.

Kunst und Kultur für lebenswerte Wohnquartiere

Veranstaltung zur kulturellen Stadtentwicklung

Kunst und Kultur schaffen Begegnung. Sie bieten Raum für Austausch, Sichtbarkeit und Mitgestaltung – eine Grundlage für gegenseitiges Verständnis und eine lebendige Nachbarschaft. Dabei trägt das Mitmachen an Kulturaktivitäten maßgeblich zur Aktivierung der Bewohnenden bei und ergänzt bestehende kulturelle Angebote.

Kulturelle Stadtentwicklung fördert Identität, Gemeinschaft und Zusammenhalt

Diese Überzeugung zog sich wie ein roter Faden durch die Abschlussveranstaltung der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“, die der DV zusammen mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. zur kulturellen Stadtentwicklung in Wohnquartieren am 27. Februar 2025 im Refugio in Berlin veranstaltete. Kunst und Kultur in Quartieren zu fördern, ist keine „Nice-to-have“-Aktion. Sie sei eine lohnende Investition, betont Christian Lieberknecht, Geschäftsführer des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Auch Anne Keßler, Referatsleitung beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hob hervor, dass der Mehrwert kultureller Stadtentwicklung klar vermittelt werden müsse, um die Anerkennung dieser Arbeit weiter zu stärken. Kultur und kulturelle Stadtentwicklung können die lokale Demokratie fördern und sind ein Schlüssel zur Schaffung lebenswerter Quartiere, betonten Prof. Dr. Olaf Schnur, Bereichsleiter Forschung, und Sebastian Beck, Seniorwissenschaftler, beide beim vhw – Bundesverband

für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Sie geht über das bloße Planen von Gebäuden hinaus und setzt auf Identität, Gemeinschaft und soziale Kohäsion.

Gute Beispiele von Wohnungsunternehmen und Stadtmacher:innen

Anhand verschiedener Projekte wurde deutlich, wie Kultur- und Kreativarbeit zur Entwicklung lebenswerter Wohnquartiere beiträgt. In einer Diskussion mit Vertreter:innen von GESOBAU, degewo, der Stiftung Berliner Leben und dem FACE Familienzentrum der evangelischen Kirchengemeinde im Märkischen Viertel ging es um erfolgreiche



Abschlusskonferenz „Kulturelle Stadtentwicklung in Wohnquartieren“ | © Klara Yoon, Offenblende



World-Café zum Projektraum COI in Bernburg | © Klara Yoon, Offenblende



Austausch | © Klara Yoon, Offenblende

Strukturen und die Balance zwischen der Einbindung lokaler Potenziale und neuen Impulsen. Denn überraschende Aktionen von außen können dem Quartier neue Impulse, Spannung und Wertschätzung verleihen. Zudem wurden verschiedene Initiativen vorgestellt, darunter die Kulturarbeit der GEWOBA Bremen, das Nachbarschaftszentrum „Was mit Herz“ in Hannover, der studentische Projektraum COI in Bernburg und das Bielefelder Konversionsprojekt „Rochdale Barracks“.

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Kulturelle Stadtentwicklung weiterdenken

Die Veranstaltung hat zudem die zentrale Rolle der Gemeinschaftsinitiative der Nationalen Stadtentwicklungspoli-

tik unterstrichen, die die Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) fördert. Durch diese Förderung können wichtige Entwicklungen – wie die kulturelle Stadtentwicklung – angestoßen, erprobt und weitergedacht werden. Im Sinne der Vernetzungsinitiative ist auch auf dieser Veranstaltung ein wertschätzender Austausch zwischen vielen unterschiedlichen Akteur:innen gelungen – aus Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Politik und Verwaltung, Wissenschaft, aus sozialen und kulturellen Initiativen sowie Stadtmachenden.

👤 ANSPRECHPARTNERIN

Lilian Krischer | l.krischer@deutscher-verband.org

Gemeinwohl trifft Wirtschaftlichkeit: Impulse für eine nachhaltige Stadt- und Immobilienentwicklung

Zweite Sitzung „Generationenfrage Gemeinwohl“

Bei der zweiten Sitzung des Dialogformats „Generationenfrage Gemeinwohl“ des DV diskutierten rund 80 Teilnehmende aus der Stadt- und Immobilienentwicklung, der Immobilienwirtschaft, öffentlichen Verwaltungen, Verbänden sowie Kultur-, Sozial- und zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie Gemeinwohlkriterien stärker in Stadtentwicklungsprozesse integriert werden können. Ziel des Dialogformats ist es, den Austausch zwischen Disziplinen, Generationen und Ebenen zu nachhaltiger Stadtentwicklung und Wohnungswesen zu fördern und sich einem gemeinsamen Nenner beim Thema Gemeinwohl anzunähern.

Die Teilnehmenden erhielten einen Überblick von Karin Barthelmes-Wehr, Geschäftsführerin des Instituts Corporate Governance der deutschen Immobilienwirtschaft (ICG), zur Arbeit des ICG und dem Konzept des Social Impact Investing. Sie betonte, dass Immobilieninvestitionen neben monetären Renditen auch die positiven gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen sollten, um langfristigen Erfolg zu sichern. Anschließend stellten Karin Drexler von der Max von Bredow Baukultur und Sarah Hertam sowie

Björn Schorr vom KulturQuartier Schauspielhaus in Erfurt praxisnahe Projekte vor. Das „Tannenhof“-Projekt der Max von Bredow Baukultur setzte auf eine starke Beteiligung der Bewohner:innen und Raum für gemeinschaftliche Aktivitäten. Das Projekt in Erfurt zeigt, wie gemeinwohlorientierte, bottom-up Initiativen durch ehrenamtliches Engagement gelingen können. Dort haben Bürger:innen in einer Genossenschaft den Umbau und die künftige Bespielung des ehemaligen Schauspielhauses ermöglicht.

Deutlich wurde bei der Veranstaltung, dass gemeinwohlorientierte, wirtschaftlich tragfähige Projekte nur durch Zusammenarbeit und Netzwerke gelingen können. Kleine Lösungen, wie die Berücksichtigung von Mischfinanzierung und Mischnutzung sowie die Unterstützung von Konzeptverfahren und Beteiligungsprozessen können auch in der aktuellen wirtschaftlichen Lage Wirkung entfalten.

👤 ANSPRECHPARTNERINNEN

Lilian Krischer | l.krischer@deutscher-verband.org

Caro Antonia Wulf | c.wulf@deutscher-verband.org

CO₂-neutrale Quartiere in Brandenburg prämiert

Wettbewerb des Klimabündnisses Stadtentwicklung Brandenburg

Am 22. Januar 2025 fand in Potsdam die jährliche Fachkonferenz des Klimabündnisses Stadtentwicklung Brandenburg statt. Dabei wurden drei Vorhaben des klimagerechten Planens und Bauens im Rahmen des Landeswettbewerbs „CO₂-neutrales Quartier“ ausgezeichnet. Den Wettbewerb lobte das Klimabündnis bereits zum zweiten Mal aus. Der DV begleitet und unterstützt das Klimabündnis gemeinsam mit der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (B.B.S.M.) bei der konzeptionellen und praktischen Umsetzung des Wettbewerbs.

Prämierte Projekte: Vielfältige Akteurstrukturen und Herausforderungen

Die von einer Wettbewerbsjury ausgewählten Projekte setzen die CO₂-Neutralität im Rahmen eines ganzheitlichen Zielkanons in hervorragender und innovativer Weise um. Die drei prämierten Vorhaben sind das Integrierte energetische Quartierskonzept „Neue Wärme für die Altstadtinsel“ in Rathenow, das generationsübergreifende Zusammenleben im sozial-ökologischen Wohngebiet „An der Pauline“ in Neuruppin sowie das „Stadtquartier Krampnitz“ in Potsdam.

Die drei Projekte variieren in ihrer Größe und den räumlichen Kontexten und sind in der Umsetzung unterschiedlich weit fortgeschritten. Das „Integrierte energetische Quartierskonzept“ für die südliche Altstadtinsel Rathenow setzt auf Flusswärme und den Aufbau eines Nahwärmenetzes zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands im Quartier. Weitere Handlungsfelder wie Klimaanpassung und Mobilität werden ebenfalls berücksichtigt, um das Quartier zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. Das bereits fertiggestellte Projekt „An der Pauline“ in Neuruppin vereint nachhaltiges Bauen, CO₂-neutrale Energie und soziale Gemeinschaft in einem neuen, zukunftsfähigen Wohnquartier. In Potsdam wiederum entsteht auf der ehemaligen Militärbrache Krampnitz ein ganzer Stadtteil, mit nachhaltigen Wohn- und Arbeitsräumen, Nahwärmenetz und modernen Mobilitätskonzepten. Die prämierten Projekte und alle weiteren eingereichten Beiträge spiegeln die Vielfalt der Akteurstrukturen und die Herausforderungen und Lösungsansätze in den verschiedenen Regionen Brandenburgs wider. Alle wurden bzw. werden als Kooperation zwischen Kommune, Wohnungs- und Versorgungswirtschaft umgesetzt. Einen Einblick



in die konzeptionellen Ideen und Lösungen der drei prämierten Vorhaben bieten die Preisfilme, die auf den Projektseiten abrufbar sind (siehe QR-Code unten).

Hintergrund des Wettbewerbs

Für das Erreichen der Klimaneutralität bis spätestens 2045 hat der klimagerechte Umbau von Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung. Das Anfang 2022 gegründete Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg geht auf die Akteure in den Kommunen zu. Es möchte ambitionierte kommunale Planungen und konkrete Projekte anstoßen und so einen Beitrag zum Klimaschutz in der Stadtentwicklung leisten und vor allem die Wärmewende vor Ort vorantreiben. So stand bei der Fachkonferenz am 22. Januar 2025 neben der Preisverleihung die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und die Rolle der Transformationsplanungen der Unternehmen im Fokus.

Partner des Klimabündnisses sind das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (MIL), der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. sowie die Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

👤 ANSPRECHPARTNER

Maximilian Pechstein | m.pechstein@deutscher-verband.org

📄 INFORMATION

Weitere Informationen zu den prämierten Vorhaben, dem Wettbewerb, dem Klimabündnis sowie die Filmbeiträge:



Gemeinwohlorientierung in der Bodenpolitik

Im Rahmen des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum hat der DV für das Bundesbauministerium eine dreiteilige Workshopreihe zum Thema „Gemeinwohlorientierung in der Boden- und Baulandpolitik“ durchgeführt. Ziel war es, eine umfassende Debatte über ein gemeinsames Grundverständnis von Gemeinwohlorientierung in der Bodenpolitik zu führen und anhand von Beispielen aus der kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Praxis zu erörtern, wie die bodenpolitischen Instrumente konkret im aktuellen Marktumfeld angewandt werden und welche Herausforderungen sich durch die veränderten Marktbedingungen ergeben. Neben Vertreter:innen des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum waren auch externe Fachexpert:innen aus Wissenschaft, Kommunen und Wohnungsunternehmen in den Dialog eingebunden.

Im ersten Workshop Anfang November 2024 standen zentrale Kriterien, Akteure und Instrumente der gemeinwohlorientierten Boden- und Baulandpolitik im Fokus. Die Teilnehmenden benannten ihre Herausforderungen und Lösungsansätze. Darauf aufbauend widmete sich der zweite Workshop im Dezember 2024 konkreten kommunalen Strategien und den Handlungsspielräumen unterschiedlicher Akteure, darunter Projektentwickler:innen, Wohnungswirtschaft und Stiftungen. Die abschließende Sitzung im Januar 2025 diente der Reflexion der bisherigen Erkenntnisse, der Vertiefung zentraler Diskussionsergebnisse und der Ableitung weiterer bundespolitischer Schritte.

ANSPRECHPARTNER

Maximilian Pechstein | m.pechstein@deutscher-verband.org

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Die Zukunft städtischer Dimension in der EU-Kohäsionspolitik

Veranstaltung zur Förderung der integrierten Stadtentwicklung

In Brüssel kamen Mitte Februar mehr als 100 Vertreter:innen nationaler EU-Regierungen, von Städten und Städteverbänden, der Europäischen Kommission, des Europaparlaments, des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) sowie weiterer Organisationen zusammen. Im Fokus stand die Stärkung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in der EU-Kohäsionspolitik. Organisiert wurde die Konferenz von der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), dem DV sowie dem European Urban Knowledge Network (EUKN).

Nicola De Michelis, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG Regio), wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass die bestehenden Finanzierungsinstrumente der EU für Städte im Rahmen der kommenden Stadtagenda überarbeitet und weiterentwickelt werden. Dietmar Horn, Leiter der Abteilung Stadtentwicklung im BMWSB, betonte die Relevanz der Stadtentwicklung für die wirtschaftliche, territoriale und soziale Kohäsion in Europa. Till Spannagel von der Ständigen Vertretung Deutschlands zur EU bekräftigte das Engagement Deutschlands für eine nachhaltige und widerstands-

fähige Kohäsionspolitik. Er hob hervor, dass Europa heute mehr denn je auf eine starke Union angewiesen sei, die den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten sicherstellt.

Die anschließende Diskussion lieferte drei wesentliche Erkenntnisse. Erstens müssen Städte als zentrale Motoren des Wandels die notwendige Unterstützung und Finanzierung erhalten, um langfristig nachhaltige Entwicklungsprozesse zu gestalten. Zweitens ist eine dezentral organisierte Kohäsionspolitik erforderlich, die auf einem kooperativen Ansatz basiert – allerdings gibt es hier keinen Konsens, was „dezentral“ im Einzelnen bedeutet. Drittens sollte die Förderperiode nach 2027 durch vereinfachte Verfahren, weniger bürokratische Hürden und optimierte Kofinanzierungsmodelle gekennzeichnet sein.

Anlass der Veranstaltung war die Veröffentlichung einer vom DV erstellten Studie zur städtischen Dimension in der EU-Strukturpolitik und -förderung in Deutschland in der aktuellen Förderperiode.

ANSPRECHPARTNER

Dr. René Peter Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org

Andreas Breitner übergibt Leitung der AG Wohnungswesen an Frank Emrich

Ende des Jahres 2024 legt Andreas Breitner den Vorsitz der Arbeitsgruppe Wohnungswesen des DV nieder, die er drei Jahre engagiert geleitet hat. Mit seiner langjährigen Erfahrung und seinem Fachwissen in den Themengebieten der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft – zuletzt als Verbandsdirektor des VNW – Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. – gab er der AG wichtige inhaltliche Impulse. Auch als Gast im Vorstand brachte er dies gewinnbringend in die Arbeit des DV ein. Für diesen Einsatz bedanken wir uns im Namen von Vorstand, Verbandsrat und allen unseren Mitgliedern herzlich.



Andreas Breitner | © VNW,
Bertold Fabricius

Gleichzeitig freuen wir uns sehr, dass wir mit Frank Emrich, Verbandsdirektor des Verbands der Thüringischen Wohnungswirtschaft vtW, einen neuen AG-Vorsitzenden gewinnen konnten und ein nahtloser Übergang gelungen ist. Als ehemaliger Sparkassenvorstand in Thüringen und in seiner aktuellen Funktion ist er eng mit der Wohnungswirtschaft verbunden und wird die Leitung der AG mit großer fachpolitischer Expertise fortführen.



Frank Emrich | © vtW

NEUE MITGLIEDER

IFE Interessenverband Familie und Eigentum e. V.,
vertreten durch Andreas Hesener (Geschäftsführer)

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vertreten
durch Paul Johannes Fietz (Mitglied des Vorstands)

*Wir heißen unsere neuen Mitglieder herzlich willkommen
und wünschen eine gute Zusammenarbeit!*

**WIR WÜNSCHEN ALL UNSEREN MITGLIEDERN
UND PARTNERN FROHE OSTERN!**

**HABEN SIE EINEN WUNDERBAREN
START IN DEN FRÜHLING.**

IHR DV-TEAM

